

Müssen bald alle Beiräte bezahlt werden?

Ausländerbeirat will Aufwandsentschädigung / Weber befürchtet erhebliche finanzielle Folgen

VON HEINZ KLEIN, MZ

REGENSBURG. Bisher arbeiten Beiräte in Regensburg unentgeltlich. In seiner jüngsten Sitzung hat nun der Ausländerbeirat beschlossen, eine Aufwandsentschädigung zu fordern. Bezahlt die Stadt, muss sie womöglich auch alle anderen Beiräte entschädigen. Der Wunsch des Ausländerbeirats „birgt erheblichen Zündstoff“, bestätigte Bürgermeister Gerhard Weber.

„Beiräte erledigen sehr viel Arbeit für ihre Gemeinde“, sagt die Vorsitzende des Regensburger Ausländerbeirats. Deshalb hält Dr. Ewa Schwierskott „eine kleine Form der Anerkennung“ für durchaus angebracht. So beschloss also der Ausländerbeirat in seiner letzten Sitzung, von der Stadt die Zahlung einer Aufwandsentschädigung zu fordern. Es solle nur eine „symbolische Anerken-

nung“ und eine „kleine Motivation“ für die Beiräte sein, meinte Dr. Ewa Schwierskott. Der Vorsitzenden schwebt ein Betrag von etwa zehn Euro pro angefangener Sitzungsstunde und Mitglied vor. Sie verweist auch auf kostenlose Leistungen, die der Ausländerbeirat erbracht habe, wie zum Beispiel die Übersetzung amtlicher Formulare in mehrere Sprachen.

Sehr teuer käme das Anliegen der Stadt nicht zu stehen, denn der Ausländerbeirat ist inzwischen auf nur mehr sieben Mitglieder zusammengeschrumpft. Und auch dieses kleine Häuflein kam schon lange nicht mehr in voller Mannschafftsstärke zusammen, so dass der Ausländerbeirat bei seinen Sitzungen in letzter Zeit meistens beschlussunfähig blieb.

Nicht so bei der jüngsten Sitzung, als die sechs anwesenden Beiratsmitglieder beschlossen, eine Aufwandsentschädigung zu fordern. Dies hatte die Vorsitzende Dr. Schwierskott im Vorfeld bereits bei einem Gespräch mit Bürgermeister Weber angekün-



Dr. Ewa Schwierskott



Gerhard Weber
Bürgermeister

digt. Der allerdings zeigte sich von dem Ansinnen des Ausländerbeirats wenig begeistert. „Dieser Wunsch berührt mich eigentümlich“, sagte Weber auch mit Blick auf die nicht sehr ausgeprägte Bereitschaft der Beiratsmitglieder, den Einladungen zu den eigenen Sitzungen zu folgen.

„Wir prüfen die ganze Sache jetzt“, ließ Gerhard Weber wissen. Er hat inzwischen das Rechtsamt eingeschaltet, weil zum einen die Rechtslage nicht so eindeutig sei und zum ande-

ren erhebliche finanzielle Folgen drohen. „Womöglich müssen dann auch alle anderen Beiräte entschädigt werden“, argwöhnte der Bürgermeister: die Mitglieder des Sicherheitsbeirats, des Seniorenbeirats, des Kulturbeirats, des Naturschutzbeirats, des Ausiedlerbeirats und des Beirats für Menschen mit Behinderungen. Den Gestaltungsbeirat sieht Weber als Ausnahme, denn dessen Mitglieder werden als professionell arbeitende Berater bereits honoriert. Gelte eine Bezahlung für alle Beiräte, hätte dies erhebliche finanzielle Folgen und könnte für einige dieser Einrichtungen womöglich das Ende sein.

Der Sachverhalt soll nun im Rahmen einer rechtsaufsichtlichen Prüfung von der Regierung der Oberpfalz geklärt werden. Wie Dr. Schwierskott mitteilte, habe Weber vorgeschlagen, diese Prüfung vom Stadtrat beantragen zu lassen. Sollte dies nicht bis 18. Mai geschehen sein, will der Ausländerbeirat selbst bei der Regierung vorstellig werden.